Tagungen

Menschenwürde im Betrieb

Vom 23. bis 25. März 1972 fand in der Universität Hamburg eine internationale wissenschaftliche Tagung "Menschenwürde im Betrieb" statt, die von der Carl-Backhaus-Stiftung und der Hochschule für Wirtschaft und Politik veranstaltet wurde.

Am ersten Tag wurde unter dem Thema "Menschenwürdige Gestaltung der Arbeitsbedingungen" ein Referat von Professor Einar Thorsrud über Methoden humaner Gestaltung der Arbeitsbedingungen gehalten, wobei er Experimente in Norwegen behandelte. Manfred Schweres aus Salzgitter berichtete über die systematische Anwendung arbeitswissenschaftlicher Erkenntnisse am Beispiel des Modells der Hüttenwerke Salzgitter. Am Nachmittag des 23. wurde in vier Arbeitsgruppen nach Kurzreferaten über den Abbau monotoner Arbeitsformen (Judith Buber-Agassi), über die Verbesserung der Arbeitsumweltbedingungen (Gerhard Kaminsky), über die menschengemäße Gestaltung von Arbeitsplätzen (Manfred Schweres u. a.) und über die Humanisierung der Arbeitsbedingungen als Herausforderung an die Wirtschaftstheorie (Gerhard Scherborn) disku-

Am 24. März wurden Vorträge über "Industrielle Demokratie in Europa — Versuch einer Bestandsaufnahme" gehalten. Aake Anker-Ording und Urs Hauser referierten über Norwegen und Schweden. Sigurd Zienau berichtete über Großbritan-

nien. Ernest Mandel, an der Einreise gehindert, hatte ein Manuskript über industrielle Demokratie in Frankreich und Belgien geschickt. Johannes Agnoli behandelte die italienische Entwicklung der letzten Jahre, Judith Buber-Agassi stellte Modelle humaner Arbeitsordnung in den USA vor, und Heinz Kuby beschloß den Überblick mit Elementen einer betriebsdemokratischen Strategie für Europa.

Am 3. Tag sollte die Strategiediskussion geführt werden. Nach Referaten über Formen, Bereiche und Grenzen einer Demokratisierung industrieller Entscheidungsprozesse in der Privatwirtschaft von Reinhard Hoffmann, Überlegungen über die Bedeutung der Mitbestimmung am Arbeitsplatz für die industrielle Demokratie von Friedrich Fürstenberg und der Darstellung eines Demokratisierungsprozesses in dem englischen Unternehmen Scott-Bader von Emerik Blum wurde am Nachmittag in vier Arbeitsgruppen diskutiert über die Analyse wichtiger Streikbewegungen in Europa seit 1968 (Detlef Albers u. a.), über Genossenschaftsunternehmen als Modelle der Wirtschaftsdemokratie (Arnulf Geißler), über die Selbstorganisation von Arbeitsgruppen (Günther Hillmann) und über Mitbestimmung, Vertrauensleuteorganisation und workers control (Fritz Vilmar). Mit einer kurzen Zusammenfassung der Arbeitsgruppenberichte endete die Tagung.

Wie immer bei solchen Veranstaltungen mit einer relativ großen Zahl studentischer Teilnehmer wurde bei fast allen Referaten die "Systemfrage" gestellt. Werden die Arbeitnehmer nicht durch eine Humanisierung der Arbeitsbedingungen

und einer dadurch in vielen Fällen steigenden Produktivität noch mehr ausgebeutet als bisher? Ist nicht eine grundlegende humane Ordnung erst bei einer totalen Abschaffung des kapitalistischen Systems möglich? Ebenso nachdrücklich wurde aber die entgegengesetzte Position vertreten, daß es für die Gewerkschaften darauf ankomme, konkrete Ansätze für Humanisierung der Arbeit in allen Teilbereichen konsequent voranzutreiben, etwa durch Anwendung arbeitswissenschaftlicher Erkenntnisse, durch Personalplanung usw. Durch das neue Betriebsverfassungsgesetz sind hier Ansatzpunkte gegeben. Allerdings kann es unterschiedliche Auffassungen darüber geben, welche Aufgaben für die Gewerkschaften Priorität haben und wie sie organisatorisch am besten bewältigt werden könnten.

Die aus vielen Experimenten berichtete Tatsache, daß partielle Formen der Humanisierung mit Steigerungen der Produktivität verbunden sind, sollten nicht zu ihrer Ablehnung führen. Dies sind jedoch wichtige Hinweise für die Lohn- und Einkommenspolitik bzw. für die Gestaltung der gesamten Lebenslage der Arbeitenden. Auch eine in der Diskussion bisweilen befürchtete Entfremdung der Arbeitnehmer von den Gewerkschaften infolge humaner Arbeitsbedingungen ist empirisch nicht zu belegen. Wenn man wirklich versucht, jede Arbeit so zu gestalten, daß sie ein Mindestmaß an Abwechslung, Lernfähigkeit, eigenen Entscheidungen, sozialen Kontakten und sozialer Anerkennung beinhaltet, wie es in den norwegischen Versuchen geplant wird, dann wird hier der gewerkschaftliche Druck und der gewerkschaftliche Sachverstand wichtiger denn je werden, weil dieses Gebiet weitgehend noch ein "Niemandsland" darstellt.

Die Tagung, die unter der Leitung von Fritz Vilmar stand, bot eine praktisch kaum zu verarbeitende Fülle an Informationen, wobei insbesondere die Referate über industrielle Demokratie in Europa teilweise weniger Übersichten über den gegenwärtigen Stand der Entwicklung enthielten als vielmehr auf einige neuere

Tendenzen abgestellt waren. Besonders wichtig und anregend schienen dem Berichterstatter die Themen des ersten und letzten Tages, als es um die Frage ging, welche konkreten Bereiche für eine Humanisierung gewählt werden können und auf welche Instrumente man zurückgreifen kann. Neben den Veränderungen der Arbeitsumweltbedingungen (wie Licht, Luft, Lärm), der Arbeitsmittel und der Technik (Gestaltung von Stühlen, Werkzeugen, Steuerständen usw.) wurden organisatorische Ansätze wie Job rotation und Job enrichment diskutiert. Über ein den gesamten technisch-organisatorischen Bereich umfassendes Verfahren verfügen nur die Norweger. Die "soziotechnische Analyse" sollte unbedingt auch von den deutschen Gewerkschaften auf ihre Möglichkeiten untersucht werden. Ausgehend von begrenzten und sorgfältig geplanten Versuchen, wird der gesamte Betrieb mittels der soziotechnischen Analyse so umgestaltet, daß bei jeder Tätigkeit ein Mindestmaß an Selbstbestätigung im Sinne der angeführten konkreten Kategorien möglich ist. Das war in den meisten Fällen mit weitreichenden Änderungen der Informationswege, der innerbetrieblichen Bildung, der Kooperationsform und der Lohnsysteme verbunden. Je nach den technischorganisatorischen Gegebenheiten werden unterschiedliche Wege für die Humanisierung eingeschlagen, wobei generell iedoch teilautonome Gruppen gebildet werden. Alle Projekte laufen über Jahre, und Thorsrud hob den Charakter der Experimente als "Lernprozesse" deutlich hervor.

Für die deutsche Diskussion ist es von Bedeutung, daß mehr Selbstbestätigung im Arbeitsleben nur dann nicht zu einem einseitigen Manipulationsmittel der Arbeitgeber wird, wenn neue Formen der Arbeit von einer durchgängigen Mitbestimmung über die Arbeit begleitet sind. An dieser Stelle wird die unmittelbare Beziehung zwischen Arbeitsgestaltung und Mitbestimmung deutlich. Der bisher weitgehend spekulative Ansatz um das Pro und Kontra der Mitbestimmung am Arbeitsplatz wird überwunden. Denn es geht nicht darum, über Demokratie im Betrieb zu reden,

sondern die Strukturen der Arbeit selbst zu verändern. Daraus kann man konkrete Aufgaben im Hinblick auf die Arbeitswissenschaft, die innerbetriebliche Bildung und die Personalplanung ableiten. Die Referate zeigten deutlich, daß in der Bundesrepublik noch nicht einmal die technischen Voraussetzungen für eine Humanisierung der Arbeit in ausreichendem Maße gegeben sind. Fürstenberg ist zuzustimmen, wenn er in der Diskussion ausführte, daß "ohne Interessendruck der Gewerkschaften" keine wesentlichen Fortschritte zu erreichen seien.

Gerhard Leminsky

"Aufgabe Zukunft— Verbesserung der Lebensqualität" Vierte internationale Arbeitstagung der IG Metall

Seit 1963 veranstaltet die Industriegewerkschaft Metall internationale Tagungen zur gesellschaftspolitischen Problematik der technisch-wissenschaftlichen Entwicklung in den Industrienationen. Die diesjährige Tagung vom 12. bis 14. April in Oberhausen war seitens der Gewerkschaften der erste Versuch einer grundsätzlichen Antwort auf die unerfreulichen Konsequenzen einer auf rein quantitative Wachstumsziele abstellenden wirtschaftlichen Entwicklung. Die Erkundung dieser Problematik steht noch in den Anfängen; daher offenbar das Bestreben der Veranstalter, mit rund fünfzig Referenten aus Ost und West (bei 1 250 Teilnehmern insgesamt) die Diskussion in aller Breite zu initiieren. Aber die pluralistische Einladungspolitik trug bisweilen eher zur Verwirrung denn zur Klärung anstehender Fragen bei. Das war vor allem der Fall bei der Diskussion der im Mittelpunkt der Tagung stehenden Problematik der zunehmenden Umweltzerstörung. Der DGB-Vorsitzende Heinz O. Vetter hatte in seiner Eröffnungsansprache den Weg gewiesen, wie der katastrophalen Entwicklung, die unsere natürlichen Lebensbedingungen zerstört, Einhalt geboten werden kann: "Wir haben keine andere Wahl: Wir müssen radikal brechen mit den bislang unsere Wirtschaft und Gesellschaft beherrschenden Prinzipien des privaten Gewinns und des unkritisch gesehenen Wachstums … Für uns ist der Umweltschutz ein gesellschaftliches Problem, das ohne die "Gretchen"-Frage nach den Bedingungen privatwirtschaftlicher Produktion und privater Macht gar nicht gelöst werden kann."

Um so ärgerlicher war die Oberflächlichkeit, mit der die meisten Referenten der Arbeitsgruppe III "Qualität der Umwelt" das Problem angingen. Dort stellte sich die Umweltzerstörung als entweder "halb so schlimm" dar (etwa im Referat von Professor Aurand vom Institut für Wasser-, Boden- und Lufthygiene des Bundesgesundheitsamtes, der die Kernenergie als inzwischen vollkommen unproblematische Form der Energiegewinnung pries) oder als im Prinzip durch Management-Techniken eindämmbar (Serge Antoine, Generalsekretär des interministeriellen Ausschusses für Umweltschutz, Paris, und Stewart Blake, Vizepräsident des Stanford Research Institute, USA).

Professor Gerhard Kade (TH Darmstadt) nahm am nächsten Tag im Plenum die von Heinz O. Vetter gestellte "Gretchen"-Frage wieder auf und richtete sie an die Gewerkschaften: "Glauben Sie wirklich, daß der gleiche Verteilungsmechanismus, der die Umwelt zerstört hat, sie auch wiederherstellen wird?" In der Diskussion in der Arbeitsgruppe III hatte er darauf verwiesen, daß die Umweltzerstörung keine zwangsläufige Folge der Industrialisierung sein müsse; daß jedoch der Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen unter einer "totalen Verwertungsperspektive" stehe, so daß die Summe möglicher technischer Verbesserungen keine Lösung des Grundproblems bringe. Dennoch tue jede kleine Verbesserung auch innerhalb des gegenwärtigen Produktionssystems bitter not.

Allerdings kommen auch bürgerliche Ökonomen allmählich zu der Auffassung,

daß Zweifel am Sinn des rein quantitativen wirtschaftlichen Wachstums angesichts der gegenwärtigen Gefährdung des ökologischen Gleichgewichts angemessen sind. Prof. Gottfried Bombach, Universität Basel, plädierte daher für eine Theorie des qualitativen Wachstums, d. h. für eine Theorie der Ausgewogenheit zwischen privaten und sozialen Gütern. Um die Kluft zwischen "privatem Reichtum" und "öffentlicher Armut" (Diskussionsteilnehmer wiesen zu Recht darauf hin, daß dies eine unzulässige Verschleierung sozialer Gegensätze sei) zu überbrücken, müsse in Zukunft die Produktion von Sozialgütern gesteigert werden. Für die Messung des Konsums an Sozialgütern (bereitgestellt durch öffentliche Investitionen) schlug Bombach einen Satz gesellschaftlicher Kennziffern (soziale Indikatoren) vor, die z. B. auf dem Gebiet des Gesundheitswesens Aussagen machen könnten über Ärztedichte, Häufigkeit von Krankheiten usw. In seinem Referat "Politik und Technokratie" warnte Prof. Robert Jungk (TU Berlin, Salzburg) vor einem neuen Faschismus, der durch technokratische Lösungsversuche des Umweltproblems ent^J stehen könne: Unter der notwendigen Kontrolle der Produktionssteigerung werde im gegenwärtigen System die Arbeiterschaft durch erzwungenen Konsumverzicht zu leiden haben, sie werde nicht mehr am Fortschritt relativ partizipieren können. Jungk bedauerte, daß die Gewerkschaften auf diese Gefahr nicht vorbereitet seien, da sie keine Konzeption zur Lösung des Umweltproblems, keine Modelle für die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse entwickelt hätten. Die Hoffnung, daß zum Beispiel das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut des DGB (WSI) solche Modelle entwickeln könne, sprach Dr. Wilfried Mündel (Arbeitskammer Wien) aus. Es sei nicht damit getan, einen bestimmten Grad der Luftverschmutzung als unübersteigbar zu bezeichnen, man müsse vielmehr umgekehrt vorgehen und soziale Indikatoren als Planungsnormen für die Produktion vorab festlegen. Aufgabe der Gewerkschaften sei es, die Inhalte solcher sozialer Indikatoren zu entwickeln und politisch durchzusetzen; verzichteten sie darauf, würden sie gezwungen, staatlicherseits vorherbestimmte Indikatoren zu akzeptieren, die dann von den Interessen der Industrie vorgeprägt seien. Dieser Beitrag stammte aus der Diskussion in der Arbeitsgruppe VIII "Zukunft der Gewerkschaften" — ein Hinweis darauf, daß trotz der notwendigen kritischen Anmerkungen zu den mit Umweltschutz im engeren Sinn befaßten Referaten die Konferenz insgesamt den Zusammenhang zwischen Gewerkschaftstheorie, Gesellschaftspolitik und den scheinbar technischen Problemen der Reinhaltung von Luft und Wasser nicht aus den Augen verlor.

Das Thema "Zukunft der Gewerkschaften" bot jedoch wiederum ein Beispiel dafür, daß eine allzu umfassende Einladungspolitik eher zur Desorientierung beitragen kann. So sah sich ein gut Teil der Referenten und Diskussionsredner am Nachmittag des dritten Konferenztags veranlaßt, die Thesen über die Verursachung der Inflationsraten durch gewerkschaftliche Lohnpolitik und die Notwendigkeit einer Selbstbeschränkung der Gewerkschaften, die Prof. Ben Roberts (London School of Economics) am Vormittag verkündet hatte, zu korrigieren. Roberts hatte u. a. den Gewerkschaften empfohlen, jenseits von Lohnerhöhungen neue Ziele für ihre Aktivitäten zu definieren, um so eine Stabilisierung und Selbstregulierung des industriellen Konflikts zu ermöglichen. Wenn der französische Sozialist Andre Gorz scheinbar eine ähnliche Empfehlung aussprach, als er darauf hinwies, daß Gehaltserhöhungen allein heute keine Garantie mehr seien für ein besseres Leben, so war sein Vorschlag einer Ausweitung gewerkschaftlicher Forderungen auf die gesamte Reichweite des politisch-kulturellen Lebens jedoch im Gegensatz zu Roberts bewußt als Infragestellung des gesamten kapitalistischen Verwertungszusammenhangs gedacht. Nicht verbesserte Arbeitsschutzbestimmungen, nicht das Aufhalten des Prozesses der Zerstückelung der Arbeitsvorgänge, sondern die humane These, daß die körperliche Integrität eines Menschen keine Ware zu sein hat, nicht verkauft werden kann, um keinen Preis, daß ein Mensch nicht als Anhängsel einer Maschine dienen darf, standen im Mittelpunkt der Gorzschen Ausführungen. Zur Durchsetzung dieser Ziele muß nach Gorz die Gewerkschaftsbewegung bereit sein, in einer revolutionären Situation sich aus einer Vermittlungsinstitution im Klassenkampf in eine politische, durch Basisaktivitäten gestützte Massenorganisation zu verwandeln.

Wie der Übergang zu einer revolutionären Situation sich in den britischen Vorstellungen der workers control widerspiegelt, beschrieb zur gleichen Zeit in der Arbeitsgruppe VIII Ken Coates. Dr. Gerhard Leminsky (WSI, Düsseldorf) legte in seinem Referat "Die Zukunft der Gewerkschaften in der Wohlstandsgesellschaft" die Betonung weniger auf inhaltliche Fragen qualitativer Veränderungen als vielmehr auf die Entwicklungsmöglichkeit emanzipatorischer Prozesse. Ein höheres Maß an Freiheit für den Arbeitnehmer in seinen sozialen Beziehungen setzt nach Leminsky voraus, daß die Gewerkschaften die Möglichkeiten zur Initiierung emanzipatorischer Prozesse schaffen. Das bedeutet, daß die Gewerkschaften sich verstärkt mit strukturpolitischen Fragen befassen müssen; die Verbesserung der Lebensqualität des Arbeiters in den Bereichen Bildung, Arbeitsplatz, Gesundheitsfürsorge usw. ist unabdingbare Voraussetzung für die Bewährung der Mitbestimmung.

Der Mahnung Robert Jungks eingedenk, es sei zwar auf der Konferenz manches Liebeslied gesungen, aber kein Kind gemacht worden, versuchte sich *Johan Galtung* (Internationales Friedensforschungsinstitut Oslo) am letzten Tag an einigen konkreten Utopien in den Bereichen Aufhebung der Arbeitsteilung, Aufhebung der strengen Trennung der für die verschiedenen Lebensalter vorgesehenen Tätigkeiten (Spielen, Lernen, Arbeiten). Unter den Zuhörern machte indessen eine auf privater Initiative einiger Teilnehmer beruhende Erklärung die Runde:

"Die 4. Arbeitstagung der IG Metall konnte nur ein Kongreß der Bestandsaufnahme sein: Fast alle Vorträge und Diskussionen in den Arbeitsgruppen sind zu dem Ergebnis gekommen, daß grundlegende Reformen der Gesellschaft erforderlich sind, um sie nicht umfassender Inhumanität anheimfallen zu lassen. Es wurde übereinstimmend festgestellt, daß das bisherige rein quantitative wachstumsideologische Denken durch ein an der Qualität des Lebens orientiertes ersetzt werden muß. Insofern ist diese Tagung der IG Metall verdienstvoll. — Diese Arbeitstagung war jedoch kein Kongreß, der umfassende und konkrete Alternativen aufgezeigt hätte. Es wurde zwar der entscheidende Punkt der privaten Verfügungsmacht über die Produktionsmittel vereinzelt angesprochen; es wurde iedoch von den meisten Referenten nicht aufgezeigt, wie diese Macht aufgehoben werden kann. Solange die Kritik am Wert des uneingeschränkten Wirtschaftswachstums und seiner Folgen nicht mit konkreten Strategien und Modellen für eine zukünftige Gesellschaft verbunden wird, muß die Stabilisierung der Produktion auf Kosten der Lohnabhängigen gehen. Daher schlagen die Unterzeichner eine Fortsetzung dieses Kongresses vor mit dem Thema:

Demokratischer Sozialismus — Strategien und Modelle.

Interessenten, die diese Idee unterstützen, wenden sich bitte an: Robert Jungk, 1 Berlin, Kurfürstendamm 195 bis 196, 6. Stock".

Bliebe noch eine Anregung nachzutragen für zukünftige Tagungen zum Thema Lebensqualität: der Bereich der Primärgruppen, Vorstellungen über neue Formen des Zusammenlebens jenseits des repressiven Typs der bürgerlichen Familie, damit zusammenhängend die Unterdrückung der Frau in der gegenwärtigen Gesellschaft sollten aus der Diskussion nicht ausgeklammert werden.

Claudia Pinl